



N i e d e r s c h r i f t

über die 5. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur in der Wahlperiode 2023/2027 am 12.09.2024

Sitzungsraum: Bremerhaven, Hafenstraße 122, Raum Mensa, Schule am Ernst-Reuter-Platz
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:45 Uhr

Teilnehmer/innen:

Herr Stadtrat Frost

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Viebrok

in Vertretung für Frau Stadtverordnete Batz

Frau Stadtverordnete Böttger-Türk

Frau Stadtverordnete Czak

Frau Stadtverordnete Ruser

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Kargoscha

Frau Stadtverordnete Twistern von

Herr Stadtverordneter Ventzke

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Frau Stadtverordnete Zeeb

BD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Brinkmann

Fraktion DIE LINKE

Herr Stadtverordneter Kocaaga, MdBB

anwesend ab 17:15 Uhr

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Prof. Dr. Hiltz, MdBB

WfB-Fraktion

Herr Stadtverordneter Schäfer

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

Einzelstadtverordneter Sascha Schuster

Herr Stadtverordneter Schuster, MdBB

Schriftführung:

Frau Schmonsees (Bereich Kultur) - entschuldigt

Frau Stanger-Gerdes (Bereich Schule) hat die Niederschrift für beide Bereiche gefertigt

Weitere Teilnehmer:

Kulturamt:	Frau Starke Frau Garms Herr Brandes entschuldigt Frau Keil Frau Dr. Porombka Herr Kurkowski Herr Dr. Kähler Herr Guse Frau Grevesmühl-von Marcard Herr Tietje Herr Niemann Herr Begatik Frau Hüsken Frau Engel Frau Nolden Frau Döhring-Wölm Herr Oberle
Jugendmusikschule Stadtarchiv: Stadtbibliothek: Volkshochschule:	
Historisches Museum Bremerhaven:	
Theater und Orchester:	
Dezernat IV Schulamt:	
Jugendparlament:	./.
Migrationsrat:	./.
Inklusionsbeirat:	./.
Zentralelternbeirat:	./.
Stadtschülerring:	./.
Rechnungsprüfungsamt:	entschuldigt
Gesamtpersonalrat:	Herr Riebensahm
Frauenbeauftragte Schulen:	Frau Schönberg
Personalrat Theater und Orchester:	Frau Soldano
Frauenbeauftragte Theater und Orchester:	Frau Soldano
Personalrat Schulen:	Frau Suhr
Personalrat allgemeine Verwaltung	entschuldigt

Herr Stadtrat Frost eröffnet um 16:00 Uhr die 5. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur (ASK) in der Wahlperiode 2023/2027, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die Schule am Ernst-Reuter-Platz und bedankt sich für die Durchführung der Sitzung an diesem Ort.

Herr Stadtrat Frost gibt bekannt, dass Herr StV Viebrok von der SPD-Fraktion in Vertretung für Frau StV Batz, ebenfalls SPD-Fraktion, an der Sitzung teilnimmt und Herr StV Schäfer, der bisher dem ASK als Einzelabgeordneter angehörte, nun Ausschussmitglied in der Funktion der Fraktion Wir für Bremerhaven (WfB) ist. Herr Stadtrat Frost stellt fest, dass Herr StV Kocaaga (Fraktion Die Linke) noch nicht anwesend ist.

Es gibt keine Anmerkungen und Änderungsanträge.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Herr Stadtrat Frost tritt in die Sitzung ein und beginnt mit der Einwohnerfragestunde. Er informiert darüber, dass eine ganze Reihe an Einwohner:innenfragen vorliegen und bittet darum, dass die vortragenden Personen ihre Fragen von einem gesondert eingerichteten Platz im Publikum, ausgestattet mit einem Mikrofon, stellen. Herr Stadtrat Frost gibt bekannt, dass gemäß der Regularien der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven der Tagesordnungspunkt der Einwohnerfragestunde maximal 60 Minuten andauern darf und er im Hinblick auf die Vielzahl der Fragen bemüht sein wird, dass alle Fragesteller:innen innerhalb dieser Stunde zu Wort kommen können.

1. Einwohnerfragestunde

1.1. Einwohnerfrage Cataleya Röseler

IV - S 45/2024

Herr Stadtrat Frost stellt fest, dass Frau Cataleya Röseler nicht anwesend ist. Er informiert, dass die Einwohnerfrage möglicherweise zurückgezogen wird und diese dann nicht schriftlich beantwortet werden muss.

1.2. Einwohnerfrage von Friedrich H. Rohde

IV - S 25/2024

Herr Rohde ist anwesend und trägt seine Einwohnerfrage persönlich vor.

Frage 1: Kann ein internationaler Schüleraustausch an Weser, Geeste, Rohr und Lune als gut gelungen betrachtet werden?

Frage 2: Sind auch Länder wie USA, Israel und Frankreich heute vertreten?

Frage 3: Welche Förderung bei der Findung von Gastfamilien ist denkbar?

Frage 4: Wissen Sie, Herr Stadtrat Frost, etwa um vorbildliche Beispiele der letzten 20 Jahre?

Herr Stadtrat Frost beantwortet die Fragen mündlich.

Antwort zu den Fragen 1,2 und 4:

Der internationale Schüler:innenaustausch in Bremerhaven, also an Weser, Geeste, Rohr und Lune, kann ausdrücklich als gut gelungen betrachtet werden. So gibt es zahlreiche Beispiele für gelungene Schüler:innenaustauschprojekte, etwa in unserer Partnerstadt Frederikshavn in Dänemark, in Prag in der Tschechischen Republik, in Seneu auf der spanischen Insel Mallorca. Darüber hinaus existiert ein Schüler:innenaustausch in Polen, Litauen, Frankreich, Italien und den USA.

Jüngst haben Schüler:innen sowie Lehrkräfte aus der türkischen Provinz Hatay, in der sich ein verheerendes Erdbeben ereignet hat, die Oberschule des Schulzentrums Carl von Ossietzky besucht. Erst im vergangenen Monat besuchte auch eine Gruppe deutschlernender Schüler:innen aus Vietnam Bremerhaven. Sie wurden im Lloyd Gymnasium unterrichtet. Auch bestehen innige Austauschbeziehungen mit Israel und Mexiko, wobei letztgenannte derzeit ausgesetzt sind, die Partnerschaft der Oberschule Geestemünde und der Oberschule des Schulzentrums Carl von Ossietzky mit Israel aufgrund des Überfalls der Hamas auf Israel im vergangenen Oktober.

Auch bleibt es nicht bei den beispielhaft genannten Austauschprojekten, sondern die Schulen bemühen sich um weitere Projekte, etwa im polnischen Krakau, Schlierbach in Österreich sowie in Belgien.

Antwort zu Frage 3:

Um Gastfamilien zu finden, ist insbesondere eine finanzielle Förderung hilfreich. Hier kommt insbesondere Erasmus+ - ein Programm für Bildung, Jugend und Sport der Europäischen Union – in Frage, vom welchem bei Austauschprojekten in Bremerhaven Gebrauch gemacht wird. In begrenztem Umfang können auch Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Je nach Austauschprojekt sind auch andere Förderungen denkbar. Zum Beispiel hat die Gymnasiale Oberstufe am Schulzentrum Geschwister-Scholl in der Vergangenheit eine Förderung aus einem Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds erhalten.

Herr Rohde bedankt sich für die letzten Jahre bei Herrn Stadtrat Frost und wünscht ihm alles Gute für den neuen Lebensabschnitt im November.

1.3. Einwohnerfrage Martin Lipski

IV - K 21/2024

Herr Lipski ist anwesend und trägt seine Einwohnerfrage persönlich vor.

Frage 1: Was haben Sie getan, um in dieser Angelegenheit deeskalierend einzuwirken?

Frage 2: Was haben Sie getan, um ein neutrales Bild für sich zu gewinnen?

Frage 3: Laut der noch geltenden Dienstanweisung ist der Kulturdezernent – also Sie – in Streitfragen der entscheidend Handelnde. Auf welcher Informationsbasis haben Sie und werden Sie entscheiden?

Herr Stadtrat Frost beantwortet die Fragen mündlich im Block und verweist dabei auf die jeweiligen Fragen.

Zunächst vorab: Der Magistrat der Stadt Bremerhaven hat im Zusammenhang mit der Ausschreibung der Position des Generalmusikdirektors am Stadttheater Bremerhaven eine neue Leitungsstruktur für das Haus beschlossen, die ab dem Dienstantritt des oder der GMD zur Saison 2026/27 gelten wird. Vertreter:innen des Philharmonischen Orchesters haben sich in einem Offenen Brief gegen diese Entscheidung ausgesprochen.

Herr Stadtrat Frost verweist auf die erste Frage:

Hierzu fand Anfang Juli ein Gespräch zwischen einer Vertreterin und einem Vertreter des Orchesters sowie des Personalrats Theater und des Gesamtpersonalrats beim Kulturdezernenten statt. Der Orchestervorstand wurde von der Verwaltungsdirektorin nach den Theaterferien zu einem Folgegespräch eingeladen, das gemeinsam mit dem Dezernenten und dem Personalrat Theater geführt wurde.

Herr Stadtrat Frost verweist auf die zweite Frage:

Nicht nachvollziehbar ist für mich die öffentliche und z.T. persönlich herabsetzende Kritik, mit denen der Orchestervorstand nach meinem Eindruck den Rahmen im TVK geregelten Aufgaben deutlich überschritten hat. Selbstverständlich habe ich diesen Punkt in beiden Gesprächen thematisiert und auch kritisiert. Den Vorwurf der „Bedrohung“ weise ich nachdrücklich zurück.

Auf der Sachebene ist wahrnehmbar und auch nachvollziehbar eine Besorgnis des Philharmonischen Orchesters, dass die Veränderung der Leitungsstruktur mit einer künstlerischen oder anderweitigen Rücksetzung des Philharmonischen Orchesters verbunden werden soll. Gerne möchte ich den Anlass nutzen, um auch meinerseits zu erklären, dass dieses Ziel weder vom Dezernenten, noch von der Theaterleitung und nach meiner Einschätzung auch nicht vom Kulturausschuss der Stadtverordnetenversammlung verfolgt wird. Allerdings vertritt der Magistrat in seinem Beschluss die Auffassung, dass eine zeitgemäße Anpassung der auf einer inzwischen mehr als 30 Jahre alten Dienstanweisung erforderlich war, um den Veränderungen des Theaters Rechnung zu tragen. Als Dezernent unterstütze ich ausdrücklich die vom gegenwärtigen Intendanten aufgebaute Leitungsstruktur mit einer mittleren Führungsebene der Sparten bzw. der Abteilung Orchester, die jeweils über ein Höchstmaß an eigenständigen Entscheidungs- und Gestaltungskompetenzen verfügen und auch weiter verfügen werden.

Herr Stadtrat Frost verweist auf die dritte Frage:

Sie entspricht auch der aus meiner langjährigen Zuständigkeit für das Stadttheater resultierenden Erfahrung mit wechselnden Personen in der Leitung, da für mich wahrnehmbar war und ist, dass die derzeit gültige Dienstanweisung z.T. im Widerspruch mit den gelebten Abläufen steht, in verschiedenen Fällen zu Konflikten führte und Anlass dafür war, Streitfragen durch den Dezernenten lösen zu wollen. Ich halte es allerdings nicht für meine regelhafte Aufgabe und aus fachlicher Sicht auch nicht in allen Fällen sinnvoll, in dem vorgesehenen Maße in die Betriebsabläufe des Theaters einzugreifen. Dies ist auch in anderen Dienststellen absolut unüblich.

Es ist zugesagt und vorgesehen, dass dort, wo in diesen Fragen in der weiteren Ausgestaltung Regelungsbedarf besteht, dieser in weiteren Gesprächen zwischen der Theaterleitung und dem Orchester, aber selbstverständlich auch in den weiteren Abteilungen des Hauses, ermittelt und konstruktiv gelöst werden soll. Hierzu findet in der kommenden Woche ein Gespräch zwischen der Theaterleitung und dem Orchestervorstand statt, und darüber hinaus wurden seitens der Theaterleitung Gespräche mit dem gesamten Orchester sowie allen weiteren Abteilungen und den Sparten angekündigt.

Meines Erachtens wurde mit den genannten Schritten ein Weg der Deeskalation des Konflikts eingeleitet, auf den sich alle Beteiligten hoffentlich gut einlassen können. Es ist keine Frage, dass die Besorgnis über die Veränderung unterschätzt wurde. Umso wichtiger ist es jetzt, einen internen Diskussionsprozess in Gang zu setzen, der der zukunftsfähigen Aufstellung des Theaters mit dem Philharmonischen Orchesters dient.

1.4. Einwohnerfrage Carla Mantel-Wiegand

IV - K 22/2024

Frau Mantel-Wiegand ist anwesend und trägt ihre Einwohnerfrage persönlich vor.

Frage: Meines Wissens läuft der Vertrag von Herrn Tietje bis zum 31.07.2026, die Veränderungen wirken sich ab dem 01.08.2026 aus. Ist daraus zu schließen, dass der Vertrag von Herrn Tietje bereits verlängert wurde oder verlängert werden soll?

Herr Stadtrat Frost beantwortet die Frage mündlich.

Antwort:

Die für erforderlich gehaltenen Strukturveränderungen stehen im zeitlichen Zusammenhang mit der Ankündigung des GMD, seinen Vertrag mit der Stadt Bremerhaven nicht über den Sommer 2026 hinaus fortsetzen zu wollen, nicht mit der Frage einer möglichen Vertragsverlängerung mit dem Intendanten.

Nachfrage von Frau Carla Mantel-Wiegand: Wann wird das entschieden und wer entscheidet?

Herr Stadtrat Frost antwortet auf die Nachfrage, dass seine Amtszeit Ende Oktober 2024 endet und er es für unangemessen hält, eine derart weit über seine eigene Amtszeit hinausreichende Personalentscheidung zu treffen. Die Entscheidung über die Nachbesetzung des Intendanten soll daher durch seinen Nachfolger Herrn Prof. Dr. Hilz zusammen mit dem Magistrat getroffen werden.

1.5. Einwohnerfrage Heiko Stindt

IV - K 23/2024

Herr Stindt ist anwesend und trägt seine Einwohnerfrage persönlich vor.

Frage 1: Wie beurteilen Sie die Handlungsfähigkeit des zukünftigen GMD's nach der veränderten DA und der Anstellung nach NV-Bühne? Bisher war es immer so, daß der GMD mit einem Sondervertrag Angestellter der Stadt war, künftig wird dieser vom Intendanten selbst eingestellt und ist diesem in allen Dingen unterstellt.

Frage 2: Wie kann Ihrer Meinung nach ein GMD zukünftig ein künstlerisches Profil weiterentwickeln, wenn die Zuständigkeiten alle auf den Intendanten übergegangen sind?

Frage 3: Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang den Machtzuwachs des Intendanten und was soll unter diesen Vorgaben besser werden?

Herr Stadtrat Frost beantwortet die Fragen mündlich.

Antwort zu Frage 1:

Alle Angestellten des Theaters sind beim Magistrat Bremerhaven angestellt. Für das künstlerische Personal existieren zwei unterschiedliche Tarifverträge, zum einen der "Normalvertrag Bühne" (NV Bühne) und der Tarifvertrag für "Musiker in Konzert- und Theaterorchestern" (TVK). Der NV Bühne gilt für alle überwiegend künstlerisch Beschäftigten. Im NV Bühne Tarifvertrag werden zahlreiche Elemente grundsätzlich geregelt. Der oder die GMD ist zukünftig auf der mittleren Führungsebene, der künstlerischen und Abteilungs-Leitungsebene mit anderen Abteilungs- und Spartenleitungen gleichgestellt, die auch alle nach dem NV Bühne beschäftigt sind. Eine individuelle Ausgestaltung mit Rechten und Pflichten ist innerhalb dieser Vertragsgestaltung problemlos möglich und soll bei der besonderen Funktion des oder der GMD auch erfolgen und geregelt werden.

Antwort zu Frage 2:

Neben dem Leitungsteam von Intendanz und Verwaltungsdirektion existiert eine künstlerische Leitungsebene. Diese künstlerische Leitungsebene besteht aus den Sparten- und Abteilungsleitungen. Der oder die GMD als Abteilungsleiter:in wird Personalverantwortung für mehr als 50 Beschäftigte haben, kann weiterhin über sein Budget und das Programm im Konzertbereich entscheiden, das Musiktheater Programm wird – wie zuvor auch – gemeinschaftlich gestaltet. Ferner obliegt der oder dem GMD auch künftig die Entwicklung von weiteren Programmformaten, um weiteres Publikum anzusprechen und ins Theater zu holen.

Antwort zu Frage 3:

Die Intendanz leitet das Theater nicht allein verantwortlich sondern im Leitungsteam mit der Verwaltungsdirektion. Durch die bereits in den Sparten und Abteilung eingeführte künstlerische Leitungsebene und das Hinzufügen der zweitgrößten Abteilung, dem Orchester, soll die Vernetzung und die gemeinsame Zusammenarbeit verstärkt werden, so dass das Theater als ein Haus seine Strahlkraft ausweiten kann und sparten- und abteilungsübergreifend agieren kann.

Diese Struktur entspricht moderner Personalführung und bewährt sich in vielen Einrichtungen und Unternehmen, weil sie Kommunikation und Partizipation sowie die Verantwortungsteilung fördert. Sie ist übrigens auch in Theatern nicht unüblich.

1.6. Einwohnerfrage Steffen Liebsch

IV - K 24/2024

Herr Liebsch ist anwesend und trägt seine Einwohnerfrage persönlich vor.

Frage:

Worin sehen Sie die Notwendigkeit, die überwiegenden Kompetenzen des GMD künftig auf den Intendanten zu übertragen, zumal der Intendant, Herr Tietje, in einem NZ-Interview erklärte, dass er das Theater künftig eher managen als künstlerisch leiten wolle?

Herr Stadtrat Frost beantwortet die Frage mündlich.

Antwort:

Es ist nicht vorgesehen, die „überwiegenden Kompetenzen“ des GMD auf den Intendanten zu übertragen. Die Veränderung besteht im Wesentlichen darin, dass der GMD künftig nicht mehr dem Leitungsteam des Hauses angehören wird. Die eigenständige künstlerische Verantwortung für das Orchester, darunter die Budgethoheit, Verpflichtung von Musiker:innen und die Gestaltung neuer Formate sowie die Vermittlungsarbeit bleiben unberührt. In diesem Zusammenhang halte ich die zitierte Aussage des Intendanten insofern für bedeutsam, als sie ja unterstreicht, dass er auch künftig nicht den Anspruch erhebt, in die künstlerischen Entscheidungen der Sparten- und Abteilungsleitungen einzugreifen. Sie entspricht einem zeitgemäßen Verständnis von Führung und Verantwortung, aber auch der Delegation von Entscheidungen und der geteilten Verantwortung.

1.7. Einwohnerfrage Kerstin von Freytag Löringhoff

IV - K 25/2024

Frau von Freytag Löringhoff ist anwesend, Herr Dr. Ritter trägt die Einwohnerfrage in Vertretung für Frau von Freytag Löringhoff vor.

Frage 1: Welche Maßnahmen will der Ausschuss ergreifen, um das Museum der 50er Jahre aufgrund seiner Bedeutung für die Darstellung dieses zentralen Elements der jüngeren Bremerhavener Geschichte an seinem historischen Ort zu erhalten?

Frage 2: Welche Maßnahmen will der Ausschuss ergreifen, um das Museum der 50er Jahre in Zusammenarbeit mit seinen Betreibern auf eine verlässliche, nachhaltige Grundlage zu stellen und seinen langfristigen Erhalt und Betrieb in Bremerhaven zu ermöglichen?

Frage 3: Zurück zu der Aussage „Kein Gebäude!“. Eines gibt es, nämlich das, in dem sich das Museum befindet. Angesichts der aktuellen Standortsituation gibt es für das Museum der 50er Jahre offensichtlich derzeit keinen anderen Platz als seinen augenblicklichen Standort in der US-Kirche in Bremerhaven-Weddewarden. Welche Maßnahmen will der Ausschuss ergreifen, um das Museum an diesem Standort zu sichern?

Zudem werden zwei Nachfragen formuliert:

Welchen Sinn macht die Erstellung eines Konzeptes, wenn die Aussage im Raum steht, dass es kein Gebäude gibt?

Es bestehen Unklarheiten über die tatsächlichen Besitzverhältnisse der US Kirche. Es heißt es gehöre der BIS, es heißt es gehöre der Stadt und es gibt die Aussage, der Magistrat sei nicht zuständig. Wer ist zuständig, wem gehört das Gebäude/ Gelände? Wir bitten um eine rechtsverbindliche Aufklärung.

Herr Stadtrat Frost beantwortet die Fragen mündlich.

Antwort zu Frage 1:

Die Frage zielt – ebenso wie Frage 3 - auf den Erhalt des Museums an seinem „historischen Ort“, also der Kirche auf der Carl-Schurz-Kaserne hin. Die Immobilie befindet sich nicht im Eigentum der Stadt Bremerhaven, dies ist eine Teilantwort auf die Zusatzfrage des Fragestellers, sondern des Landes Bremen. Insofern gibt es seitens der Stadt Bremerhaven keine direkte

Zugriffsmöglichkeit auf die Immobilie. Dazu ist zu sagen, dass die BIS als Vermarkter der ehemaligen Kaserne und des Geländes der Fragestellerin gegenüber von Anfang an darauf hingewiesen hat, dass sie an diesem Standort nur so lange geduldet werden kann, wie das Land Bremen keinen geeigneten Käufer bzw. Investor findet. Dass dies früher – oder wie in diesem Fall eher später – der Fall sein wird, ist von Anfang an klar gewesen.

Zur grundsätzlichen Frage des Erhalts des Museums:

In Kenntnis der Tatsache, dass das Museum der 50er Jahre in absehbarer Zeit die Kirche räumen müssen hat das Kulturamt sich über viele Jahre um Lösungsvorschläge bemüht und zuletzt im Juli 2022 eine Magistratsvorlage eingebracht, deren verabschiedeter Beschluss den Auftrag an die Betreiber beinhaltet „ein aktuelles Museumskonzept (einschl. personeller Vorstellungen), ein Marketingkonzept und ein Finanzierungskonzept für den Museumsbetrieb vorzulegen“ (Zitat Magistratsbeschluss vom 31.02.2022).

Ohne eine fachliche Einschätzung der Bedeutung der privaten Sammlung für Bremerhaven, eine Eruiierung etwaiger Möglichkeiten zum Fortbestand sowie eine Aufstellung des Finanzierungsbedarfs lassen sich keinerlei belastbare Aussagen über eine Zukunft des Museums oder auch von Teilen der Sammlung tätigen. Bis heute liegt dieses Konzept nicht vor. Im Übrigen heißt es bereits in dem von Ihnen zitierten Gutachten von 2003, das sich noch auf den Standort Cuxhaven bezog (Dr. Olaf Mußmann: Museumsanalyse für das Museum der 50er Jahre in Cuxhaven erstellt im Januar 2003):

„Entscheidend für den Erfolg werden m.E. folgende Faktoren sein: (...)

- Steigerung der Qualität der musealen Präsentation*
- Ausbau des Marketings*
- Verbesserung der strategischen Planung (...)*
- Ausbau der Finanzakquisition (...)*

Diese von dem Museumsberater Dr. Olaf Mußmann als notwendig erachteten Maßnahmen wurden in den letzten 20 Jahren nicht umgesetzt.

Antwort zu Frage 2:

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass es sich bei dem Museum der 50er Jahre um eine private Sammlung handelt, die zwar mit großem Engagement und Herzblut, aber eben ohne öffentlichen Auftrag betrieben wird. Insofern liegt die Verantwortung für eine verlässliche Grundlage bei den Inhabern. Diese haben in den letzten 20 Jahren keinerlei Maßnahmen ergriffen, von sich aus das Museum auf eine verlässlichere Grundlage zu stellen und beispielsweise auch nur in Teilen den Empfehlungen Dr. Mußmanns zu folgen. Das vom Magistrat als Voraussetzung für eine zukunftsfähige Absicherung der Sammlung erachtete Konzept liegt bis jetzt nicht vor und ein von mir als zuständigen Dezernenten anberaumter Gesprächstermin mit der Betreiberin in diesem Monat, zu dem insbesondere auch Vertreter des Museumsverbandes Niedersachsen, Bremen aus Hannover anreisen werden, wurde von der Fragestellerin bis jetzt nicht bestätigt.

Daraufhin wirft Frau von Freytag Löringhoff ein, dass sie natürlich an dem Termin am 27.09.2024 im Stadthaus teilnehmen wird. Herr Stadtrat Frost nimmt die Terminzusage der Fragestellerin in der Sitzung zur Kenntnis.

Antwort zu Frage 3:

Ich verweise auf die Antwort zu 1., insbesondere auf das Eigentumsverhältnis der Carl-Schurz-Kaserne.

Herr Stadtrat Frost informiert darüber, dass weitere Nachfragen nach der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung nicht erlaubt sind. Es gibt die Möglichkeit eine Frage zu stellen mit zwei Zusatzfragen, in der Einwohnerfrage waren bereits drei Fragen formuliert und er hat noch zwei weitere Zusatzfragen zugelassen.

2. **Genehmigung der Niederschrift**

2.1. **Genehmigung der Niederschrift der 4. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur in der Wahlperiode 2023/2027 vom 06.06.2024** **IV - S 36/2024**

Der Ausschuss für Schule und Kultur genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

3. **Sachstandsbericht**

3.1. **Sachstandsbericht Schule und Kultur gemäß § 49 Abs. 2 GStVV** **IV - S 37/2024**

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt die anliegenden Sachstandsberichte der letzten Sitzung für die Bereiche Kultur und Schule zur Kenntnis

4. **Vorlagen für den Bereich Kultur**

4.1. **Anträge an den Bremerhavener Kulturtopf - 1. Vergaberunde 2024** **IV - K 10/2024**

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur beschließt, für die vorliegenden Anträge 1-7, insgesamt 8.358,20 € zur Verfügung zu stellen.

Der Beschluss ergeht mehrheitlich bei einer Enthaltung (Frau StV Brinkmann) und einer Gegenstimme (Herr StV Jürgewitz).

4.2. **Anträge an den Bremerhavener Kulturtopf - 2. Vergaberunde** **IV - K 20/2024**

Diskussionsteilnehmer:innen: Frau StV Brinkmann, Herr StV Jürgewitz, Frau StV von Twistern, Herr Weinhold (Sprecher des Vorstandes des Bremerhavener Kulturtopfes)

Frau StV Brinkmann merkt zu dem Antrag Nr 5 (KulTurbo e. V.) an, dass der Stipendiatin Lyoudmila Milanova bereits im vorherigen Ausschuss für Schule und Kultur ein Stipendium gewährt wurde. Sie fragt, ob es sich dabei um eine Doppelförderung handelt. Sie bezieht sich dabei auf den Punkt 6 der Richtlinie.

Herr Weinhold (Vorstand Kulturtopf) antwortet, dass nicht die Künstlerin die Nutznießerin ist, sondern die Fördermittel für ein separiertes, künstlerisches Konzept des Filmers Reinhard Büsching zur Verfügung gestellt werden.

Frau StV Brinkmann merkt daraufhin an, dass diese Details nicht aus dem Antrag ersichtlich sind und sie sich zukünftig detailliertere Informationen zu den Anträgen wünscht.

Herr StV Jürgewitz hinterfragt, ob der Kulturtopf im Allgemeinen private Hobbies durch den/ die Steuerzahler:in finanzieren lässt. Es fehlt ihm die Position des Museums der 50er Jahre und merkt an, dass wichtige Dinge in den Anträgen keine Berücksichtigung finden.

Herr Stadtrat Frost beantwortet, dass seitens der Museumsbetreiberin kein Antrag gestellt wurde. Er erklärt, dass der Bremerhavener Kulturtopf eine lange Tradition hat, sich alle darum bewerben können, dass er besondere Vorhaben ermöglichen soll und dass es wahrscheinlich keinen Kulturschaffenden der Stadt Bremerhaven gibt, der noch nie vom Kulturtopf gehört hat.

Frau StV von Twistern wirft ein, dass die Äußerung von Herrn StV Jürgewitz eine Herabwürdigung derer Menschen ist, die hinter diesen Projekten stehen. Es ist ehrenamtliche

Kulturarbeit, die nicht hoch genug zu würdigen ist. Hier kann Politik einen kleinen Beitrag leisten, denn hinter den Projekten steckt unendlich viel Arbeit und Engagement.

Herr StV Jürgewitz weist die Herabwürdigung zurück und wiederholt seine Anmerkung zum Museum der 50er Jahre und fragt, ob der Museumsbetreiberin mitgeteilt wurde, dass sie einen Antrag hätten stellen könne.

Herr Stadtrat Frost informiert, dass selbstverständlich in all den Jahren mit der Betreiberin des Museums der 50er Jahre über mögliche Förderungen gesprochen wurde. Der jüngste Vorschlag des Kulturamtes an die Museumsbetreiberin war, Teile der Sammlungen in den leerstehenden Schaufenstern in der Innenstadt auszustellen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur beschließt, für die vorliegenden Anträge 1-7, insgesamt 8.967,00 € zur Verfügung zu stellen.

Der Beschluss ergeht mehrheitlich bei einer Enthaltung (Frau StV Brinkmann) und einer Gegenstimme (Herr StV Jürgewitz).

4.3. Zwischennutzung Schleusenstr. 15/Ecke Rudloffstraße IV - K 16/2024

Diskussionsteilnehmer:innen: Frau StV Zeeb, Frau StV Brinkmann

Frau StV Zeeb fragt, ob absehbar ist, wie lange die Zwischennutzung andauern soll.

Herr Stadtrat Frost informiert, dass allen Beteiligten bewusst ist, dass die Nutzung nur solange erfolgen kann, wie die Stadt Bremerhaven die Eigentümerin der Immobilie ist und keine andere Nutzung vorsieht.

Auf Nachfrage von Frau StV Brinkmann erläutert Herr Stadtrat Frost, dass keine zusätzlichen Kosten auf die Stadt zukommen, da alle Nebenkosten von den Mietern selbst gezahlt werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt die Ausführungen des Dezernats IV zur Kenntnis.

4.4. Zuwendung für das Aufstellen einer Galerieholzwand im Bionik Garten IV - K 17/2024

Diskussionsteilnehmer:innen: Herr StV Prof. Dr. Hilz

Herr StV Prof. Dr. Hilz merkt an, dass entgegen der Darstellung in der Vorlage die Mittel mittlerweile in voller Höhe vorhanden sind, da der Haushalt genehmigt und rechtskräftig ist.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur beschließt, für den vorliegenden Antrag von Moritz Schmeckies auf eine Zuwendung für eine Galerieholzwand im Bionik-Garten in Höhe von 9.159,20 € zur Verfügung zu stellen.

Der Beschluss ergeht mehrheitlich bei zwei Enthaltungen (Frau StV Brinkmann und Herr StV Schäfer) und einer Gegenstimme (Herr StV Jürgewitz).

4.5. Neufassung der Honorarordnung für die Volkshochschule Bremerhaven IV - K 12/2024 - 1

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur beschließt die in der Anlage beigefügte Neufassung der Honorarordnung für die Volkshochschule Bremerhaven.

Der Beschluss ergeht mehrheitlich bei einer Enthaltung (Herr StV Schäfer).

4.6. Drittmittelfinanzierte Weiterbeschäftigung einer Aufsichtskraft für die Räumlichkeiten im VHS-Zentrum "Alte Bürger 188" IV - K 13/2024

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur stimmt dem Vorschlag der Volkshochschule zur drittmittelfinanzierten Weiterbeschäftigung der bisherigen Aufsichtskraft für die Räumlichkeiten im VHS-Zentrum „Alte Bürger 188“ (EG 3 TVöD, 39 Stunden/wöchentlich) vorbehaltlich der Folgezulassung ab 05.01.2025, befristet für die Dauer der Zulassung der VHS als Trägerin zur Durchführung der beruflichen Deutschsprachförderung, zu.

Der Beschluss ergeht mehrheitlich bei zwei Enthaltungen (Frau StV Brinkmann und Herr StV Schäfer) und einer Gegenstimme (Herr StV Jürgewitz).

4.7. Verlängerung der drittmittelfinanzierten Aufstockung der wöchentlichen Arbeitszeit einer pädagogischen Mitarbeiterin für die Durchführung von Integrationskursen sowie für Bildungsmaßnahmen der berufsbezogenen Deutschsprachförderung (DeuFöV) nach dem Aufenthaltsgesetz IV - K 14/2024

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur stimmt dem Vorschlag der Volkshochschule zur drittmittelfinanzierten Aufstockung der wöchentlichen Arbeitszeit der pädagogischen Mitarbeiterin um 14 Stunden, vorbehaltlich der Folgezulassung ab 05.01.2025, befristet für die Dauer der Zulassung der VHS als Trägerin zur Durchführung der beruflichen Deutschsprachförderung, zu.

Der Beschluss ergeht mehrheitlich bei einer Enthaltung (Herr StV Schäfer) und einer Gegenstimme (Herr StV Jürgewitz).

5. Anträge für den Bereich Kultur

Es liegen keine Anträge vor.

6. Anfragen für den Bereich Kultur

Es liegen keine Anfragen vor.

6.1. AF der CDU-Fraktion - Besucherzahlen und Einnahmen des Stadttheaters Bremerhaven IV - K 11/2024

Diskussionsteilnehmer:innen: Frau StV von Twistern, Herr StV Jürgewitz, Herr Tietje (Intendant des Stadttheaters Bremerhaven)

Frau StV von Twistern erläutert, dass sie nicht ausreichend zufrieden mit der Antwort des Stadttheaters ist, denn die vorgelegten Besucher:innenzahlen der Spielzeiten 2018/2019 und 2023/2024 sorgen für Irritation. Im Vergleich mit dem Kulturbericht entstehen Differenzen. Ihr ist bewusst, dass Sonderveranstaltungen herausgerechnet werden und in der Spielzeit 2023/2024 neue Formate entwickelt wurden, jedoch spiegeln die Zahlen dies nicht wider. Grundsätzlich möchte die CDU-Fraktion wissen, wie sich das Theater nach der Coronazeit erholt hat. Frau StV von Twistern merkt an, dass die Fragestellung möglicherweise irreführend ist, da diese sich lediglich auf die Zahlen der Hausbesucher:innen fokussiert. Eine Differenz von 14.000 Besucher:innen erklärt dies trotzdem nicht. Frau StV von Twistern bittet um die Klärung der Differenz und um das erneute Vorlegen der Zahlen vor dem Ausschuss für Schule und Kultur in der nächsten Sitzung.

Herr Stadtrat Frost merkt an, dass ihm nicht aufgefallen ist, dass die Fragen nicht so beantwortet wurden, wie sie gestellt waren. Die Auflistung entspricht genau den Fragen, die vorgelegt worden sind. Einzelne Hinweise sind in den Antworten zu finden, auch die Darstellung, welche Veranstaltungen z. B. mit berechnet wurden. Er schlägt vor, die Thematik nochmals bilateral zu besprechen, die Zahlen nebeneinander zu legen und mit der Verwaltungsdirektion zu erörtern. Im Sinne der Transparenz wäre es im Nachgang nötig, dem Ausschuss für Schule und Kultur die Zahlen nochmals zur Kenntnis zu geben.

Herr StV Jürgewitz merkt an, dass die Besucher:innenzahlen im Vergleich zwischen den Spielzeiten 2018/2019 und 2023/2024 mit bis zu 20% stark zurückgegangen sind. Er fragt nach einer Erklärung und warum dies noch nicht wieder aufzuholen war.

Herr Tietje erklärt, dass sich die Kulturveranstalter:innen generell nur langsam von den Pandemielöchern erholen. Im Verhältnis zu anderen Stadttheatern ist die Entwicklung der Besucher:innenzahlen in Bremerhaven positiv. Natürlich geht es auch darum, Einnahmen zu erzielen, aber das Theater muss im besonderen Maße divers sein, um für viele Menschen erreichbar zu sein. "Spezielle Angebote" werden bei Besucher:innen immer interessanter und beliebter, dies zeigt eine allgemeine Veränderung des Bedarfs am Besucher:innenverhalten.

Herr StV Jürgewitz versteht die Rücksicht auf Veränderungen sowie das angepasste Angebot, möchte aber wissen, ob die Besucher:innenzahlen tendenziell wieder so wie in der Spielzeit 2018/2019 werden.

Herr Tietje erklärt, dass sich die Besucher:innenzahlen nach der Coronazeit stabil steigern.

Herr Stadtrat Frost merkt an, dass sich die Kultureinrichtungen der Stadt so aufstellen müssen, dass sie Veränderungen gewachsen sind. Das Stadttheater Bremerhaven hat vielfältige Unternehmungen unternommen, Publikum zu behalten und zu gewinnen. Die bewährten Formate reichen alleine nicht aus, es braucht immer auch neue Ideen. Das Theater hat viele Kanäle, wie z. B. Kulturelle Bildung, Hörtheater, Sommerbühne, Kneipentresen; überall ist Theater. Das Theater bewegt sich zu den Menschen und verbindet sie auf diesem Weg, das ist seine Schlüsselfunktion und damit der Beitrag für Demokratie und Pluralismus. Herr Stadtrat Frost erklärt, dass die Besucher:innenzahlen dem Ausschuss für Schule und Kultur nachgereicht werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt die Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema „Besucherzahlen und Einnahmen des Stadttheaters Bremerhaven“ zur Kenntnis.

7. Verschiedenes für den Bereich Kultur

Frau Starke dankt Herrn Stadtrat Frost im Namen aller Kulturschaffenden in der Stadtgemeinde Bremerhaven herzlich für sein unermüdliches Engagement und die gute Zusammenarbeit.

Frau StV Zeeb fragt zur Neubesetzung der Stelle der/ des Generalmusikdirektors des Stadttheaters und der Neugestaltung der neuen Dienstanweisung, warum diese Themen nicht in einer Ausschusssitzung behandelt wurden. Die Opposition hat dieses Thema nur aus der Presse erfahren. Sie weist darauf hin, dass die Nachbesetzung des Intendanten auch in einer damaligen Ausschusssitzung thematisiert wurde.

Herr Stadtrat Frost informiert, dass für Personalangelegenheiten der Magistrat das zuständige Organ ist und es für diese Stelle einen Beschluss des Magistrats braucht. Der Ausschuss für Schule und Kultur wird nach der Auswahlentscheidung in Kenntnis gesetzt. Auch die Neugestaltung der Dienstanweisung ist Aufgabe des Magistrats als Anstellungsträger.

Frau StV von Twistern merkt an, dass sie beide Dienstanweisungen verglichen hat und darin die gleichen Inhalte, bis auf die Änderung der Zuständigkeiten des Generalmusikdirektors, enthalten sind.

Herr StV Kocaaga entschuldigt sich für die Verspätung und merkt an, dass ihm die parlamentarische Kontrolle des Magistrats dabei fehlt.

Herr Stadtrat Frost macht darauf aufmerksam, dass die Regelung und die Zuständigkeit beim Magistrat liegen.

Herr StV Schuster schließt sich Frau StV Zeeb an und bemängelt, dass die Opposition aus der Presse erfahren hat, was im Stadttheater passiert. Er wünscht sich für die Zukunft eine Änderung des Informationsflusses.

Frau StV von Twistern merkt an, dass es einen offenen Brief des Stadttheaters gibt, der für alle zugänglich ist. Hier gibt es eine Holschuld der Opposition.

Ende Kulturteil: 17:05 Uhr
Beginn Schulteil: 17:15 Uhr

8. Vorlagen/Berichte für den Bereich Schule

8.1. Integrierte Bildungs- und Jugendhilfeplanung Bremerhaven - 1. Bestandsaufnahme 2022 **IV - S 27/2024**

Diskussionsteilnehmer:innen: Frau StV Czak, Herr StV Kocaaga, Frau Hüsken (Amtsleitung Schulamt)

Herr Stadtrat Frost begrüßt Frau Eberlein und Frau Aydin und spricht seinen Dank für die Ausarbeitung des Berichts aus.

Frau Eberlein und Frau Aydin stellen den Jugendbericht vor.

Frau StV Czak spricht Ihren Dank zur Ausarbeitung des Berichts aus. Eine Verzahnung zwischen Schule und Jugend, die gemeinsame Betrachtung dieser beiden Bereiche sowie darüber hinaus weitere Ämter und Daten mit einzubeziehen, wird von ihr ausdrücklich begrüßt. Dadurch werden Maßnahmen auf den Weg gebracht, die hilfreich sein können für die Stadtteile und für die Menschen und insbesondere die Kinder, die dort wohnen.

Herr StV Kocaaga: bedankt sich und findet, dass der Bericht für Bremerhaven notwendig gewesen ist. Jugendarbeit ist eine Querschnittsaufgabe zwischen dem Sozialamt, dem Schulamt und dem Jugendamt. Er freut sich auf die Ausarbeitung eines vernünftigen Konzepts.

Frau Hüsken weist auf einen redaktionellen Fehler in der Tabelle auf S. 24 (oben) zur Gesamtanzahl der angebotenen Plätze hin: diese müssten gesamt 5.050 sein und nicht wie geschrieben 2455. Zudem spricht Sie einen Dank an Herrn Hermwille aus, der sämtliche Karten und Ausschnitte ausgearbeitet und zugeliefert hat. Ein großer Dank geht außerdem an Frau Eberlein und Frau Aydin. Frau Hüsken kündigt an, dass der Bericht weiter fortgesetzt wird.

Herr Stadtrat Frost berichtet, dass er bereits mit Frau Stadträtin Toense zu der Frage im Gesundheitsbereich gesprochen hat. Frau Stadträtin Toense hat sofort ihre Bereitschaft gezeigt, beim nächsten Bericht mit entsprechenden Daten mitzuwirken.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt den vorgelegten Bericht „Integrierte Bildungs- und Jugendhilfeplanung Bremerhaven, 1. Bestandsaufnahme 2022“ zur Kenntnis.

Die gleichlautende Vorlage wird am 26.09.2024 in die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauen eingebracht.

8.2. Machbarkeitsstudie zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung **IV - S 13/2024 - 2**

Diskussionsteilnehmer:innen: Herr StV Prof. Dr. Hilz

Herr StV Prof. Dr. Hilz dankt dem Schulamt für die Zusammenstellung und Zusammenfassung aller Vorhaben in einer Vorlage. Der Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung beansprucht alle Kommunen über Gebühr, die finanzielle Belastung für die Anpassung der Gebäude ist enorm. Es ist eine unglaublich riesige Herausforderung, die innerhalb kürzester Zeit gestemmt werden muss. Es geht in der Stadt an die Belastung der finanziellen Möglichkeiten und ist eine Mammutaufgabe, die nur gemeinsam gelöst werden kann, wenn alle an einem Strang ziehen.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt die Machbarkeitsstudie der Prüfung baulicher Erweiterungsmöglichkeiten an neun Grundschulen in Bremerhaven sowie der Campuslösungen im Zusammenspiel mit Oberschulstandorten zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Schule und Kultur beauftragt das Schulamt, eine Priorisierung der Baumaßnahmen vorzunehmen, auf dessen Grundlage der Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien einen konkreten Kostenbedarf je Standort ermitteln und die Finanzierung sicherstellen kann. Die konkrete Kostenermittlung umfasst den Ausbau des Rechtsanspruches auf Grundlage der Machbarkeitsstudie des Architekturbüros Joost, Philipps, Tepe (JPS) erweitert um die Kosten für die notwendigen Baumaßnahmen im Gebäudebestand.
3. Der Ausschuss für Schule und Kultur beauftragt das Schulamt, alternative Lösungen unter Berücksichtigung zwingend erforderlicher Bedarfe und der stadtweiten Angebote für den sukzessiven Ausbau des Rechtsanspruches auf ganztägige Betreuung zu erarbeiten.
4. Das Schulamt wird beauftragt, den Ausschuss die jeweiligen Sach- und Planungsstände weiterhin fortlaufend zu unterrichten sowie vor konkreten Umsetzungsschritten entsprechende Beschlussvorlagen vorzulegen.

Der Beschluss ergeht mehrheitlich bei einer Gegenstimme (Herr StV Jürgewitz).

Herr Stadtrat Frost informiert Herrn StV Schuster, dass er formal kein Stimmrecht hat, da er Einzelstadtvorordneter ist. Seine Handmeldungen bei Abstimmungen fließen nicht in das Abstimmungsergebnis mit ein und werden nicht protokolliert.

8.3. Zwischenbericht zum Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion - Chancengerechtigkeit ausbauen - "Schule ohne Gepäck" IV - S 26/2024 - 1

Diskussionsteilnehmer:innen: Frau StV Czak

Frau StV Czak freut sich, dass es jetzt losgehen kann. Die Fraktionen der SPD, CDU und FDP haben im Haushalt Geld bereitgestellt, dieser ist nun endlich genehmigt und somit rechtskräftig. Sie wünscht sich ein schnelles Interessensbekundungsverfahren und hofft, dass es gelingt, einen Meilenstein zu setzen.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis und befürwortet das Einleiten der Interessensbekundung.
2. Der Ausschuss für Schule und Kultur spricht sich für die Weiterfinanzierung des Projektes über das Haushaltsjahr 2024 hinaus aus.
3. Der Ausschuss für Schule und Kultur beauftragt das Schulamt, regelmäßig über den aktuellen Stand der Erprobung zu informieren.

Der Beschluss ergeht mehrheitlich bei zwei Enthaltungen (Frau StV Brinkmann und Herr StV Schäfer) und einer Gegenstimme (Herr StV Jürgewitz).

8.4. Bericht zum Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion - Berufsorientierung stetig verbessern - IV - S 29/2024 - 1

Diskussionsteilnehmer:innen: Frau StV von Twistern, Frau StV Zeeb, Herr StV Kocaaga, Herr StV Jürgewitz, Frau StV Czak, Herr StV Prof. Dr. Hilz

Frau StV von Twistern begrüßt die Vorlage. Erwähnt sind Kontaktlehrer:innen, individuelle Beratungen, Werkstatttage, Besuch im Haus der Handwerks usw. Der besondere Fokus liegt auf den neueren Maßnahmen, die nun eingeleitet werden, da es immer noch zu viele Schüler:innen gibt, die den Sprung zwischen dem Schulabschluss und der Berufsausbildung nicht schaffen. Sie erhofft sich viele positive Impulse und hat bereits mit Herrn Molly gesprochen, dass die Industrie- und Handelskammer (IHK) und die Hotel- und Gastronomie-Kauf eG (HGK) vermehrt mit einbezogen werden und eine engere Verzahnung erfolgt. Die Transition Guides und

Berufscoaches sollen bewirken, die Schüler:innen dahingehend zu sensibilisieren und zu informieren, dass es eine große Bandbreite an Berufen gibt.

Herr Stadtrat Frost informiert, dass Herr Molly der Referent der Jugendberufsagentur und auch der Verfasser dieser Vorlage ist. Die Jugendberufsagentur wird im nächsten Jahr in Bremen und Bremerhaven zehn Jahre alt.

Frau StV Zeeb findet die Projekte sinnvoll und unerlässlich, gerade für die Schüler:innen mit Vermittlungshemmnissen. Die Einrichtung der Berufscoaches und der Transition Guides ist unerlässlich, um die Schüler:innen an die Berufswelt heranzuführen.

Herr StV Kocaaga merkt an, dass im Bereich der Berufsorientierung schon immer großer Bedarf in Bremerhaven war und ist. Seiner Meinung nach ist die Berufsorientierung in Bremerhaven sehr schlecht gelaufen, aus diesem Grund gibt es viele Jugendliche ohne Abschluss.

Frau StV von Twistern erwidert, dass die Berufsorientierung in den letzten Jahren nicht schlecht war. Die allgemeinbildenden Schulen haben alles getan und im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Schüler:innen die Berufswelt näher gebracht. Das Herausarbeiten der Stärken und "was will ich wirklich" ist nun wichtig.

Herr Stadtrat Frost widerspricht Herrn StV Kocaaga, dass die Berufsorientierung in den letzten Jahren schlecht war. Er führt aus, dass sehr viel in den letzten Jahren diesbezüglich getan wurde. Er ist dankbar dafür, dass es insbesondere im Bereich der Oberschulen, und nicht erst seit ihrer Gründung, ein sehr engmaschiges Netz von Kontaktlehrkräften gibt, die sich gemeinsam um Konzepte und Strategieentwicklung im Bereich der Berufsorientierung gekümmert haben und das auch weiterhin tun. Dadurch ist eine ganze Reihe an Schulen entstanden, die sogar für eine vorbildliche Berufsorientierung zertifiziert wurden, darunter ist z. B. auch die Schule am Ernst-Reuter-Platz. Die weiteren Strategien der schulischen Verzahnung und die Zusammenarbeit mit den Betrieben hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen und wird durch die Jugendberufsagentur koordiniert, die sowohl vom Magistrat als auch vom Jobcenter und der Agentur für Arbeit bespielt wird. Dieses Zusammenwirken ist die Gelingensvoraussetzung, sodass es eine einheitliche Strategie der Berufs-, und Ausbildungsorientierung für Jugendliche geben kann. Das Gute ist verbessert worden und es wird verbessert. Es ist eine Herausforderung, da viele Jugendliche viel Unterstützung brauchen. Das qualifizierte Personal dafür ist vorhanden.

Herr StV Kocaaga nimmt die Aussage von Herrn Stadtrat Frost zur Kenntnis und merkt an, dass die Statistiken etwas Anderes aussagen. Wenn es gut gelaufen wäre, würde die Statistik anders aussehen. Er findet es gut, dass es jetzt besser organisiert wird.

Herr Stadtrat Frost sagt, dass der Dissens an dieser Stelle bestehen bleibt. Er führt aus, dass fraglich ist, wie die Statistik ohne die bereits stattfindenden Berufsorientierungsmaßnahmen aussehen würde. Der Bericht sagt aus, dass wir auf dem, was wir tun, weiter aufbauen wollen. Herr Stadtrat Frost führt zudem an das Land gerichtet aus, dass die Kommune in dieser Situation nicht alleine gelassen werden darf und stärker in vielfältiger Hinsicht unterstützt werden muss. Es fängt an bei der frühkindlichen Bildung, geht weiter mit der Sprachbildung und es hört mit der Berufsorientierung an den Schulen nicht auf.

Herr StV Jürgewitz merkt an, dass die Statistik die Wirklichkeit abbildet. Es gibt viele freie Ausbildungsstellen und es gibt relativ viele junge Menschen, die keine Ausbildungsstelle haben. Auf Nachfrage bei den Betrieben gibt es die Aussage, dass viele Jugendliche nicht ausbildungsfähig sind. Die Bildung in den Schulen muss besser werden und die Oberschulen sind gefordert die Jugendlichen ausbildungsfähig für die Betriebe zu machen.

Herr Stadtrat Frost führt aus, dass es eher um das Zusammenwirken geht, auch das ist Bestandteil Schule, die die Verantwortung alleine trägt sondern es sind auch die Betriebe, die nicht fertige Mitarbeiter:innen erwarten können. Ausbildung muss sich verändern und die Verzahnung mit dem schulischen Bereich optimiert werden. Das sind die Schnittpunkte, an denen gearbeitet wird.

Herr StV Jürgewitz wirft ein, dass die Schnittpunkte vorher beginnen und nicht erst dann, wenn die Schule beendet wird. Es muss, bevor die Schüler:innen in das Berufsleben wechseln, daran

gearbeitet werden. Eine Verzahnung mit der Jugendberufsagentur muss erfolgen und eine frühzeitige Berufsorientierung ist notwendig.

Frau StV Czak führt aus, dass dieser Punkt die Kompetenzen des Schulbereichs übersteigt, denn dazu zählt auch Arbeit und Soziales. Es hört nicht auf, eine Ausbildungsfähigkeit dort herzustellen, wo die Schule endet, sondern auch junge Menschen dabei zu unterstützen, durch die Ausbildung zu kommen. Es gibt weitere Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik, die dazu befähigt, jungen Menschen noch einmal eine zweite Chance zu geben und z. B. den Schulabschluss nachzuholen. Auch eine assistierte Ausbildung ist möglich. Nur auf Schule abzustellen ist hier falsch.

Herr StV Kocaaga findet, dass es ist nicht genug gewesen und es nicht konkret dargestellt werden konnte, was das Problem ist. Wenn alles gut gelaufen wäre, hätte es keine Grundlage für diesen Antrag gegeben. Die Diskussion zur Landesaufgabe kann nicht das Argument für das Problem sein.

Herr Prof. Dr. StV Hilz führt aus, dass es klar ist, dass noch Luft nach oben ist im Hinblick auf die Kennzahlen und Statistik. Mit dem Antrag sollte eine stetige Verbesserung der Berufsorientierung erreicht werden, was damit auch gelungen ist. Er ist froh über den Bericht, dieser zeigt, dass vieles passiert ist und bessere Perspektiven durch bestimmte Stellschrauben für die einzelnen Schüler:innen erreicht werden konnten. Er merkt an, dass die Kennzahlen nicht losgelöst von der Landespolitik sind und die Landesregierung einen großen Anteil daran hat, dass die Zahlen so sind.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt den Bericht zum Stand der Berufsorientierung (BO) in Bremerhaven zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Schule und Kultur beauftragt das Schulamt, zum Verlauf und Erfolg des Einsatzes der Transition Guides und Berufskoaches fortlaufend zu informieren.
3. Der Ausschuss für Schule und Kultur bittet das Schulamt um jährliche Fortschreibung des Berichts zur Entwicklung der Berufsorientierung.

Der Beschluss ergeht mehrheitlich bei einer Enthaltung (Herr StV Jürgewitz).

8.5. Bericht zum Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion IV - S 38/2024 - 1 - Medienkompetenzen stärken

Diskussionsteilnehmer:innen: Herr StV Prof. Dr. Hilz, Frau StV Zeeb

Herr StV Prof. Dr. Hilz führt aus, dass der Bericht deutlich macht, was Medienkompetenz heutzutage ausmacht. Es zeigt deutlich, dass ein komplexes System von verschiedenen einzelnen Maßnahmen vorherrscht, die ineinandergreifen müssen. Wichtig ist das Einbinden der Eltern sowie die Unterstützung der Abteilung Schulentwicklung und Fortbildung bei der Integration in den Unterricht. Es wird deutlich, dass Medienkompetenz eine Querschnittsaufgabe durch die verschiedensten Unterrichtsfächer ist, das tägliche Agieren in Schule begleitet und sehr vielfältig eingebaut werden muss, damit die Schüler:innen kritisch, wachsam und umsichtig mit der Nutzung von Medien umgehen.

Frau StV Zeeb findet die Idee der Medienscouts sehr gut und unterstützenswert.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt den Bericht zur aktuellen Umsetzung der Förderung von Medienkompetenz zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Schule und Kultur beauftragt das Schulamt, regelmäßig über den aktuellen Stand der Umsetzung des Konzepts zur Stärkung der Medienkompetenz und der Zusammenarbeit mit Referat 10 (SKB) zu informieren.
3. Im Rahmen der Umsetzung des Medienentwicklungsplans für die Stadt Bremerhaven (IV-S 16/2019) sowie der Medienentwicklungspläne der Bremerhavener Schulen werden die Fortbildungsbedarfe der Beschäftigten durch das Schulamt (Medienzentrum und Abteilung SEFO) gesichert.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

8.6. Administrative Unterstützungskräfte zur Entlastung von Schulleitungsaufgaben

IV - S 41/2024 - 1

Diskussionsteilnehmer:innen: Herr StV Prof. Dr. Hilz, Herr StV Kocaaga, Frau StV Brinkmann, Frau StV von Twistern, Frau Hüsken (Amtsleitung Schulamt)

Herr Prof. Dr. Hilz begrüßt die Vorlage ausdrücklich und betont, dass die Stadt perspektivisch in den nächsten zehn Jahren um jede Lehrkraft kämpfen muss. Er hofft, dass die eine oder andere Person sich dadurch entschließt, Stunden aufzustocken in dem Bewusstsein, dass man nicht ausschließlich administrative Arbeiten verrichten muss, sondern die Arbeitszeit für die Arbeit mit Schüler:innen hat.

Frau Hüsken führt aus, dass in einer Schulleiterdienstbesprechung ein wichtiger Aspekt an sie herangetreten wurde. Die Umsetzung des Modellprojektes gelingt am allerbesten, wenn die betroffenen Schulleitungen in diesen Prozess mit eingebunden und nicht nur zu ihrer Expertise befragt werden. Es muss mit ihnen zusammen erarbeitet werden, welche Aufgaben und Tätigkeitsbereiche es sein können, um zwei Dinge zu gewährleisten: die klare Abgrenzung zu denjenigen, die bereits jetzt in den Geschäftszimmern tätig sind und dort ein klares Aufgabenspektrum vor sich haben. Diese Personen sollen weder degradiert noch von dem Vernetzungsprozess entbunden werden. Und gleichzeitig geht es um die Frage der Funktion und der Aufgabe von Schulleitung in Zukunft und um die Debatte zur grundsätzlichen Leitungszeit von Schulleitungen.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Kultur befürwortet das avisierte, kommunale Modellvorhaben und beauftragt das Schulamt mit der Konzepterstellung. Die Ergebnisse sind im 1. Quartal 2025 dem Ausschuss zur Beschlussbefassung vorzulegen.
2. Der Ausschuss für Schule und Kultur beauftragt das Schulamt, die Finanzierung über die Senatorin für Kinder und Bildung im Rahmen der umgewidmeten Lehrkräftestellen sicher zu stellen. Die Ergebnisse sind im 1. Quartal 2025 dem Ausschuss zur Beschlussbefassung vorzulegen.

Der Beschluss ergeht mehrheitlich bei zwei Enthaltungen (Frau StV Brinkmann und Herr StV Schäfer) und einer Gegenstimme (Herr StV Jürgewitz).

Frau StV Brinkmann weist darauf hin, dass sie einen Aufkleber auf dem Tablett von Frau Suhr als gegen ihre Partei gerichtete Provokation empfindet.

Herr Stadtrat Frost appelliert an Frau Suhr, dass die Sitzung sachlich und ohne Provokation zu Ende geführt werden soll. Angesichts des bisherigen sachlichen und von Fachdiskussionen geprägten Verlaufs sollten inhaltslose Provokationen unterbleiben.

Frau StV von Twistern merkt an, dass dies nun zum zweiten Mal passiert. Als Personalrätin Schulen sollte Frau Suhr eine neutrale Position einnehmen und ihre parteilose Meinung bitte außerhalb des Ausschusses kundtun.

8.7. Antrag auf überplanmäßig anerkannten Bedarf für die Schulsozialarbeit im Bereich der Sekundarstufe IIa

IV - S 32/2024

Diskussionsteilnehmer:innen: Herr StV Prof. Dr. Hilz

Herr StV Prof Dr. Hilz informiert, dass dieser Antrag auf eine Beschlussfassung im Haushalt zurückgeht. Während der Haushaltsberatungen wurde festgestellt, dass die Schulsozialarbeit derzeit nach der Sekundarstufe 1 aufhört, weil sie nicht vom Land finanziert ist. Dafür wurden nun finanzielle Mittel bereitgestellt, um auch in den Oberstufen Schulsozialarbeit anzubieten.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Kultur befürwortet die überplanmäßig anerkannten Bedarfe im Umfang 1,277 VZE für den Einsatz von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen an den gymnasialen Oberstufen.
2. Der Ausschuss für Schule und Kultur spricht sich für die Weiterleitung des Antrages an den Personal- und Organisationsausschuss aus.

3. Der Ausschuss für Schule und Kultur beauftragt das Schulamt, gemeinsam mit den gymnasialen Oberstufen ein pädagogisches Konzept für den Einsatz der sozialpädagogischen Fachkräfte auszugestalten.
4. Der Ausschuss für Schule und Kultur beauftragt das Schulamt eine dauerhafte Finanzierung der Stellen im Rahmen einer Zuweisungsrichtlinie für das nichtunterrichtende pädagogische Personal zu erreichen.

Der Beschluss ergeht mehrheitlich bei zwei Enthaltungen (Frau StV Brinkmann und Herr StV Schäfer) und einer Gegenstimme (Herr StV Jürgewitz).

8.8. Antrag auf überplanmäßig anerkannte Bedarfe für Kinderpfleger:innen **IV - S 30/2024**

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur befürwortet die überplanmäßig anerkannten Bedarfe unbefristet im Umfang von 0,6 VZE für Kinderpfleger:innen – vorbehaltlich der Zustimmung der Finanzierung durch das Land - und spricht sich für die Weiterleitung des Antrages an den Personal- und Organisationsausschuss aus.

Der Ausschuss für Schule und Kultur erteilt dem Schulamt den Auftrag, die erforderlichen finanziellen Haushaltsmittel für den dauerhaften Stellenbedarf im Rahmen der noch zu erstellenden Zuweisungsrichtlinie beim Land Bremen anzumelden, um eine Erweiterung der Personalkostenerstattung gemäß § 8 Finanzausweisungsgesetz für das nichtunterrichtende Personal für die Folgehaushalte aus Landesmitteln zu erwirken.

Der Beschluss ergeht mehrheitlich bei einer Gegenstimme (Herr StV Jürgewitz).

8.9. Lehrmeister:innen 2.0 an Bremerhavener Oberschulen **IV - S 39/2024**

Diskussionsteilnehmer:innen: Herr StV Prof. Dr. Hilz, Herr StV Jürgewitz, Herr StV Kocaaga

Herr StV Prof. Dr. Hilz informiert, dass dieser Antrag auch auf eine Initiative im Zuge der Haushaltsberatungen zurückgeht. Es wurden gute Erfahrungen mit Lehrmeister:innen im Bereich der Berufsschulen gemacht und es knüpft thematisch an die Vorlage zur Berufsorientierung (vgl. IV-S 29/2024-1) an. Lehrmeister:innen können einen positiven Beitrag zur Berufsbildung als auch Allgemeinbildung beitragen.

Herr StV Jürgewitz hält diesen Antrag im Sinne der Ausbildungsfähigkeit für sehr sinnvoll, um die Schüler:innen fit für eine anstehende Ausbildung zu machen.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Kultur stimmt dem überplanmäßig anerkannten Bedarf in Höhe von 4,87 VZÄ Lehrmeister:innenstellen für den Einsatz an den Oberschulen zu und bittet den Personal- und Organisationsausschuss um eine gleichlautende Beschlussfassung.
2. Der Ausschuss für Schule und Kultur beauftragt das Schulamt, ein pädagogisches Konzept für den Einsatz der Lehrmeister:innen auszugestalten.
3. Der Ausschuss für Schule und Kultur bittet das Schulamt um Berichterstattung im 2. Quartal 2025.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

8.10. Antrag auf unbefristet überplanmäßig anerkannten Bedarf im Bereich Geschäftszimmerangestellte **IV - S 44/2024**

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur befürwortet den überplanmäßig, unbefristet anerkannten Bedarf in Höhe von 1,03 VZÄ, derzeit bewertet mit EG 5 TVöD/VKA für die Neue Grundschule Geestemünde (1,03 VZÄ) und spricht sich für die Weiterleitung des Antrages an den Personal- und Organisationsausschuss aus.

Der Beschluss ergeht mehrheitlich bei einer Gegenstimme (Herr Jürgewitz).

8.11. Qualifizierungsmaßnahmen für staatlich anerkannte Erzieher:innen in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Bildungswerk und der Bundesagentur für Arbeit **IV - S 31/2024**

Diskussionsteilnehmer:innen: Frau StV Zeeb

Herr Stadtrat Frost informiert, dass das Paritätische Bildungswerk unter anderem für die Qualifizierung der spanischen Fachkräfte zuständig ist, die in den Kindertagesstätten eingesetzt werden. Darüber hinaus werden in Bremerhaven unterschiedliche Berufsfelder und Qualifizierungsmaßnahmen angeboten. Mit Beschluss dieser Vorlage startet erstmals im kommenden Jahr eine Maßnahme, die sich explizit an Personal an Schulen richtet. Nicht nur in Hinblick auf den Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung mit dem entsprechenden Personalbedarf wird diese Maßnahme dienen, sondern auch in Bezug auf die Personalbindung. Denn die Maßnahme richtet sich in erster Linie an solche pädagogische Beschäftigte, die bereits an Schule arbeiten, die aber die Qualifikation und damit auch die entsprechende Vergütung nicht haben.

Frau StV Zeeb unterstützt diese Vorlage ausdrücklich.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Kultur befürwortet die Durchführung der Qualifizierungsmaßnahmen in Kooperation mit dem Paritätischen Bildungswerk und der Agentur für Arbeit.
2. Der Ausschuss für Schule und Kultur beauftragt das Schulamt mit der weiteren Umsetzung der Qualifizierungsmaßnahme für den Bereich der Grundschulen.

Der Beschluss ergeht mehrheitlich bei einer Enthaltung (Herr StV Jürgewitz).

8.12. Familienschule - Konzeptanpassung und Umsetzung **IV - S 28/2024**

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt die Konzeptanpassung der Familienschule zur Kenntnis und beschließt deren Umsetzung am Standort Bildungshaus Bremerhaven.

Der Beschluss ergeht mehrheitlich bei einer Gegenstimme (Herr StV Jürgewitz).

8.13. Zwischenbericht des Modellprojektes „Schulassistenz als Pool-Lösung“ **IV - S 33/2024**

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt den Zwischenbericht des Modellprojektes Schulassistenz als Pool-Lösung zur Kenntnis.

8.14. Zuwendungen/Zuschüsse **IV - S 35/2024**

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt den folgenden Zuschuss zur Kenntnis:
Oberschule Geestemünde – Chladni-Projekt **2.650,00 €**
2. Der Ausschuss für Schule und Kultur beschließt im **Haushaltsjahr 2024** – vorbehaltlich der noch ausstehenden Rechtskraft des Haushaltes 2024 – folgenden Zuschuss:
Friedrich-Bödecker-Kreis – Autorenbegegnungen **5.500,00 €**

Der Beschluss ergeht mehrheitlich bei zwei Enthaltungen (Frau StV Brinkmann und Herr StV Schäfer) und einer Gegenstimme (Herr StV Jürgewitz).

8.15. Bericht zum Unterrichtsausfall im Schuljahr 2023/24

IV - S 43/2024

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt den Sachstandsbericht zum Unterrichtsausfall zur Kenntnis.

9. Anträge für den Bereich Schule

Es liegen keine Anträge vor.

10. Anfragen für den Bereich Schule

Es liegen keine Anfragen vor.

11. Verschiedenes für den Bereich Schule

Herr StV Schuster bezieht sich auf den Beschluss des Ausschusses für Schule und Kultur (vgl. IV-S 12/2024) Schulpatenschaften von Stadtverordneten. Es sei eine neue Liste mit Schulpaten erstellt worden und er hat festgestellt, dass dort nicht alle Fraktionen, Gruppen sowie Einzelstadtverordnete wiederzufinden sind. Er bittet um Antwort, wie das zustande kommt.

Herr Stadtrat Frost informiert, dass die von Herrn Schuster angesprochene Vorlage das Verfahren für die Übernahme und Akzeptanz von Schulpatenschaften beschreibt. Das Verfahren sieht vor, dass die Fraktionen, Gruppen sowie Einzelstadtverordnete ihr Interesse für eine bestimmte Schule anmelden, um dort eine Patenschaft zu übernehmen. Die Schule entscheidet mit Beschluss der Schulkonferenz, ob sie dieses Angebot der Patenschaft übernimmt. Nur wenn es einen solchen Beschluss der Schulkonferenz gibt, dann kommt es zur Übernahme der Patenschaft und ist eine Verabredung auf Gegenseitigkeit.

Herr Stadtrat Frost setzt den Ausschuss für Schule und Kultur auf Bitten der Antikorruptionsbeauftragten darüber in Kenntnis, dass im Jahr 2023 keine Korruptionfälle für den Bereich für Schule und Kultur vorlagen.

Frau Hüsken spricht Herrn Stadtrat Frost einen großen Dank aus und trägt eine Rede vor, die auf ihr Bitten zum Protokoll genommen wird.

Lieber Michael, liebe Ausschussmitglieder, liebe Gäste, liebes Publikum, liebe ASK-Mitstreiter:innen aus den verschiedenen Ämtern,

hiermit möchte ich ankündigen, dass es im Nachgang zur heutigen Sitzung noch die Möglichkeit für einen informellen Abschluss gibt.

Allerdings entlasse ich niemanden, obwohl der Sekt in Sichtweite steht und die facettenreiche Art mit diesem Ausschuss sowohl im Vorfeld als auch im Verlauf umgegangen zu sein, durchaus eine Nachbetrachtung braucht, ohne essentielle Hinweise auf die Chronik des Ausschusses für Schule und Kultur.

Die Aufzeichnungen können dem Protokoll bedenkenlos beigelegt werden.

Zur Person Michael Frost:

- *Vorsitz Dezember 2012 bis September 2024*

- *Insgesamt 48 Sitzungen, davon 3 als Videokonferenz (alle in 2021)*
- *In Summe 851 Tagesordnungspunkte*
- *Im April 2023 fand die Sitzung mit den meisten Tagesordnungspunkten statt; insgesamt 39 an der Zahl*
- *Im April 2020 wurde im Umlaufverfahren lediglich ein Thema zur Diskussion gestellt*
- *Im Schnitt gab es über die Jahre 17 Tagesordnungspunkte je Sitzung*
- *17 Einwohner:innenfragen wurden gestellt, die aktuellen von heute nicht eingerechnet; es deutet sich aber an, dass die heutige Sitzung die Spitze bildet*
- *Nur 7 Fragen wurden nicht von Herrn Rohde gestellt; dessen Spannweite der Themenvielfalt bleibt unübertroffen; eine Reise von der Moldau bei Cuxhaven bis an den Kräuter-Brunnen vor dem Stadttheater*
- *Eine Frage wurde von einem inzwischen schätzenswerten Kollegen gestellt, der heute zum erfolgreichen Verlauf der ASK Sitzungen beiträgt – 2017 war es Kristoffer Begatik*

Zuletzt ergreife ich hiermit die Chance mitzuteilen, dass du keine Sitzung hast ausfallen lassen oder vertreten werden musstest. Das ist angesichts der auch heute hervorgebrachten Kritik an deiner Person und der kritischen Auseinandersetzung mit deinen Entscheidungen eine wahnsinnige Leistung, die ihresgleichen sucht.

Die Mitarbeiter:innen des Schulamtes haben in den vergangenen Jahren einen wesentlichen Anteil zur Aufbereitung aller Themen beigetragen und das vor allem aus dem Grund, weil wir uns sicher sein konnten, dass du diese über alle Maßen hinweg angemessen und jederzeit zu vertreten wusstest. Was für ein Support.

Wir folgen, auch in Zukunft, einem gemeinsamen Grundverständnis: Es geht immer um die heranwachsenden Menschen in unseren Schulen. Es geht immer um die Sache.

Vorsitzender

Schriftführerin Schule und Kultur (gesamt)

Frost
Stadtrat

Stanger-Gerdes